Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Schul-, Jugend- und Sozialausschuss
vom: 09.10.2019

10. Sitzungsperiode / 13. Sitzung

Ort: St. Vitus Grundschule
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Anwesenheit:

I. Mitglieder:

1. Frau Christel Sicking
2. Frau Barbara Seidensticker-Beining
3. Frau Maria Bone-Hedwig
4. Frau Elisabeth Nienhaus
5. Herr Michael Schichel
6. Frau Karin Schmittmann
7. Herr Reinhold Kleinemühl
8. Herr Paul Schücker
9. Frau Iris Jediß
10. Herr Dr. Heinz-Joachim Musholt
11. Herr Pfarrer Stefan Scho
12. Frau Hildegard Schlechter
13. Herr Jörg Schlechter

Vertreter/in für:

II. Entschuldigt:

1. Herr Hermann Damm

III. Verwaltung:

1. AL 10 – Werner Stöttke
2. AL 60 – Dirk Vahlmann
3. stv. AL 10 - Nicole Mecking
4. Geschäftsführer Jugendwerk Südlohn-Oeding e.V. – Markus Wellermann

Die Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 20.05.2019 werden nicht erhoben. Sie ist damit anerkannt.

Beschluss: -/-

TOP 2.: Sachstand Ersatzbau St. Vitus Schule Südlohn und Sachstand Planung Umbau/Erweiterung von Galen Schule Oeding

Sitzungsvorlage-Nr.: 142/2019

Herr Vahlmann, AL Planen und Bauen, gibt Erläuterungen zu dem bereits in den Sommerferien 2019 fertiggestellten Spielplatz. Dabei räumt er auch das Gerücht aus, dass die eingezäunten Bäume einem Lehrerparkplatz weichen müssen.

Die **SPD-Fraktion** verweist auf ihre Anfrage zur Sitzung und fragt nach, wie der Sachstand Umbau Grundschule in Oeding ist. Dazu erklärt **Herr Vahlmann**, dass die ersten Planskizzen bereits vorliegen und der Arbeitskreis Schulen noch vor Weihnachten diesen Jahres tagen soll um diese Entwürfe weiter zu konkretisieren.

Anschließend findet eine Besichtigung des im Bau befindlichen Ersatzbaus statt. Fragen der Ausschussmitglieder während der Besichtigung werden von **Herrn Vahlmann** beantwortet.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 3.: Sachstand Zuwendungsantrag "Digitale Bildungsregion Berkel-Schlinge - Schule 4.0" bzw. Digitalpakt

Sitzungsvorlage-Nr.: 144/2019

Herr Stöttke, AL Zentrale Dienste, erläutert ausführlich die Sitzungsvorlage und gibt Informationen zum aktuellen Sachstand. Er bedauert sehr, dass es durch die verschiedenen möglichen Förderszenarien und deren Prüfung zu einem Zeitverzug in der Beschaffung kommt. Das anvisierte Förderprogramm der VITAL-Region schein aber zeitnah in 2019 nicht mehr umsetzbar zu sein. Daher habe ein Vertreter der Bezirksregierung Münster empfohlen, für die aktuellen Planungen Mittel aus dem Digitalpakt zu verwenden. Da die Richtlinien seit Mitte September 2019 Gültigkeit haben, könne hier im Rahmen eines möglichen vorzeitigen Maßnahmebeginns evtl. schon eine Förderung für die Anschaffungen 2019 erreicht werden. Dies strebe die Verwaltung nunmehr zeitnah an.

Die **SPD-Fraktion** fragt nach, ob es sich bei der Fördersumme aus dem Digitalpakt um die gleiche Summe wie aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ handelt. Dies wird von **Herrn Stöttke** verneint. Die Fördersumme aus dem Digitalpakt beträgt insgesamt 93.540 EUR, die aus „Gute Schule 2020“ insgesamt 369.173 EUR.

Ursprünglich ist seitens des Landes mitgeteilt worden, dass sich die Fördersumme aus dem Digitalpakt bei ca. 40 % der Mittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“ bewegen würde. Das wären rund 148.000 EUR gewesen. Wie oben aufgeführt liegt dieser Betrag aber nunmehr bei 93.540 EUR.

Herr Stöttke macht weiter darauf aufmerksam, dass für den Schulträger Gemeinde Südlohn die Digitalisierung an den Schulen in den kommenden Jahren eine Daueraufgabe sein wird und es sich bei der Summe lediglich um eine Anschubfinanzierung von Seiten des Bundes handelt. Hier sind zukünftig regelmäßig höhere Haushaltsansätze für die Beschaffung und den Support einzuplanen.

Die **CDU-Fraktion** möchte wissen, ob die Fördermittel aus „Gute Schule 2020“ aufgrund des Digitalpaktes nun verloren sind. **Herr Stöttke** führt aus, dass diese Mittel bereits abgerufen wurden und derzeit vollständig in den Ersatzbau an der St. Vitus Grundschule Südlohn fließen bzw. fließen werden.

Weiter erkundigt sich die **CDU-Fraktion** danach, ob die Infrastruktur an beiden Grundschulstandorten bereits fertig gestellt ist. **Herr Stöttke** erklärt, dass hier an beiden Schulen natürlich eine Netzwerkverkabelung und ein WLAN vorhanden ist. Dies ist zurückliegend bereits sukzessive für die Anforderungen des bisherigen Schulbetriebes erfolgt. Im Zuge der aktuellen weiteren Baumaßnahmen ist die weitere stukturierte Verkabelung und ein Ausbau des WLANs bereits berücksichtigt worden. In Oeding erfolgt dies konzeptionell mit Fertigstellung der Planungen zum weiteren Umbau.

Im September wurde die Grundschule in Oeding an das Glasfasernetz angeschlossen und bis zum Ende des Jahres ist der Anschluss der Grundschule in Südlohn umgesetzt.

(Anmerkung der Verwaltung: Die Mittel aus dem Digitalpakt sind wie im Ausschuss dargestellt mit Beantragung des vorzeitigen Maßnahmebeginns bei der Bezirksregierung Münster beantragt worden. Zudem ist der Verwaltung nach der Sitzung mitgeteilt worden, dass auch beim VITAL-Projekt doch eine Finanzierung ist in diesem Jahr aus diesjährigen Kassenmitteln möglich ist. Hier ist daher die weitere Absprache mit der Bezirksregierung noch erforderlich.)

Beschluss: -/-

TOP 4.: Anpassung der Betreuungszeiten zwischen der Offenen Ganztagschule und den Kindergärten in den Sommerferien

Sitzungsvorlage-Nr.: 133/2019

Frau Mecking, stv. AL Zentrale Dienste, erläutert kurz den Prozess der vergangenen Monate.

Es werden keine Fragen der Ausschussmitglieder gestellt.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 5.: Anfrage der Bezirksschülervertretung Kreis Borken auf Sitz im Schulausschuss

Sitzungsvorlage-Nr.: 108/2019

Herr Stöttke erläutert die Sitzungsvorlage. Demnach möchte die Bezirksschülervertretung Kreis Borken im Schulausschuss einen ständigen Sitz. Er verweist darauf, dass es sich hier um einen kommunalverfassungsrechtlichen Sitz handelt und dieser nicht so ohne weiteres eingerichtet werden kann. Im Hinblick auf die Kommunalwahlen am 13.09.2020 könnte dann im Rahmen der konstituiven Sitzung über eine entsprechende Ausschussbesetzung nachgedacht werden. Ähnlich würde dies auch die Nachbarkommunen handhaben.

Herr Stöttke macht ebenfalls darauf aufmerksam, dass Südlohn lediglich noch zwei Grundschulen in Trägerschaft habe. Fraglich ist, ob dies der Bezirksschülervertretung so bekannt ist, da der Antrag bei allen kreisangehörigen gleichlautend Kommunen eingereicht wurde. Zudem ist es bereits heute so, dass bei relevanten Themen jederzeit Schüler o.ä. Vertreter zu den Sitzungen des Ausschusses eingeladen werden können, um entsprechend gehört zu werden. Es wäre auch für eine Schülervertretung ein Status wie der des Gemeindefortsportverbandes im Kultur- und Sportausschuss denkbar. Diese werden dort als Sachverständige des Sports regelmäßig zu Sportthemen gehört.

Die **FDP** kann diese ablehnende Haltung nicht nachvollziehen. Daraufhin erläutert **Herr Stöttke** den durchaus aufwändigen verwaltungsrechtlichen Prozess, der hinter der Einrichtung eines solchen Sitzes in der laufenden Wahlperiode steckt.

Die **SPD-Fraktion** schließt sich der **FDP** an. Unter Berücksichtigung der Argumentation der Verwaltung sollte aber erst zur Kommunalwahl 2020 über die Einrichtung eines Sitzes für die Bezirksschülervertretung nachgedacht werden.

Herr Stöttke betont ausdrücklich, dass es sich hier nicht um eine generelle Ablehnung handele, sondern zur nächsten regulären Gremienbesetzung überlegt werden sollte, wie dieses Ansinnen unter Beachtung des Kommunalrechts eingebunden werden kann. Dies mache aber zum derzeitigen Zeitpunkt aus Sicht der Verwaltung keinen Sinn, da dann das erfolgte einheitliche Besetzungsverfahren zumindest für diesen Ausschuss wieder aufgerollt werden müsse.

Die **CDU-Fraktion** findet die Idee eines Sitzes grundsätzlich gut, gibt aber zu bedenken in welcher Form Grundschulkindern gehört werden können. **Frau Voß, Schulleiterin der St. Vitus Grundschule** erläutert, dass es ein Schülerparlament an der Grundschule gibt, welches sich aus Schüler/innen aller 4 Jahrgänge zusammensetzt und gewisse schulische Themen (z.B. Spielplatz auf dem Schulhof) berät. Eine Möglichkeit wäre das Schülerparlament gegebenenfalls einmal einzuladen, wenn Angelegenheiten der St. Vitus Schule beraten werden.

Herr Stöttke sagt zu, dass unter Berücksichtigung der o.a. Argumente (insbesondere Kommunalwahltermin 2020) entsprechende Gespräche mit der Bezirksschülervertretung geführt werden.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Bezirksschülervertretung für den Kreis Borken wird derzeit kein fester Sitz im Schul- Jugend und Sozialausschuss der Gemeinde Südlohn eingeräumt.

TOP 6.: Sozialbericht 2018

Sitzungsvorlage-Nr.: 134/2019

Fragen zum Sozialbericht werden nicht gestellt. **Herr Stöttke** verweist darauf, dass vorab vom **SB Dr. Musholt** schriftlich folgende Anfragen eingereicht wurden, die diesen TOP berühren:

„Viele Bürgermeister des Landes NRW führen Klage bei der Landesregierung über zu hohe nicht gedeckte Asylkosten für geduldete Asylanten in ihren Kommunen.

- *Ich bitte um Klärung der Frage, wie hoch diese nicht gedeckten Kosten in der Gemeinde Südlohn sind.*
- *Unter welcher Haushaltsstelle sind diese Kosten verbucht und kenntlich gemacht?*
- *Hat der Bürgermeister (möglicherweise mit seinen Kollegen im Kreis) Beschwerde über diese Angelegenheit bei der Landesregierung erhoben?*

Herr Stöttke verweist zunächst darauf, dass diese Anfragen in der Niederschrift zur Sitzung konkret beantwortet werden, da die zuständigen Mitarbeiter wegen Erkrankung nicht an der Sitzung teilnehmen können.

Ergänzend verliest er aus einer Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zum Referentenentwurf zur Beteiligung des Bundes an Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021, die aus der Sicht der Verwaltung die bundes- und landesweite Problematik sehr gut darstellt:

Personenkreis Geduldeter

Kritisiert werden muss, dass auch dieser Referentenentwurf keine Beteiligung des Bundes an den immensen Kosten der Kommunen für die geduldeten und rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber, die aber aus bestimmten Gründen weder ausreisen noch abgeschoben werden können, vorsieht. Laut der Bundesregierung handelt es sich zum Stichtag 31. Dezember 2018 bundesweit um 235.957 ausreisepflichtige Personen, wovon 180.124 eine Duldung besitzen. Den Städten und Gemeinden entsteht ein erheblicher Mehraufwand für die Unterbringung und Versorgung dieses Personenkreises, der weder durch die Pauschale des Bundes noch durch eine Erstattung des Landes gedeckt wird. Hier muss eine klare Regelung der Übernahme der Kosten getroffen werden.

Hier ist also die Landes- und Bundespolitik gefordert, endlich die Kommunen zu entlasten. Dies sollte aus Sicht der Verwaltung auch gegenüber den Bundes- und Landtagsabgeordneten der hiesigen Wahlkreise entsprechend kommuniziert werden.

Die Anfrage vom SB Dr. Musholt wird wie folgt beantwortet:

- Für 2018 betragen diese **nicht gedeckten Kosten 72.678,93 EUR**. In 2017 waren dies noch 137.017,76 EUR (siehe Punkt 3 der Sitzungsvorlage)
- Die Einnahmen dieses Bereichs werden unter den Buchungsstelle 31.03.01.414240; 31.03.01.421300; 31.03.01.448910 sowie 31.03.01.448910 verbucht. Diese Einnahmen sind den Transferaufwendungen des Produktes 31.03.01 abzüglich der Buchungsstellen 31.03.01.537240 (Gemeindeanteil SGB II) und 31.03.01.541220 gegenüber zu stellen.
- Die Bürgermeister des Kreises Borken haben gegen die Belastung der Gemeinde beim Land in einer gemeinsamen Erklärung Beschwerde eingelegt.

Beschluss:

Kenntnisnahme

TOP 7.: Anträge

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

TOP 7.1.: Professionelle Bedarfsanalyse für die offene Kinder- und Jugendarbeit / Sozialraumanalyse

Sitzungsvorlage-Nr.: 135/2019

Herr Wellermann, Geschäftsführer des Jugendwerks Südlohn-Oeding e.V. erläutert den Antrag des pädagogischen Teams.

Die **SPD-Fraktion** merkt an, dass der Antrag des Jugendwerkes gern gesehen wird, aber grundsätzlich dies nicht Aufgabe eines freien Träger ist. Die professionelle Bedarfsanalyse ist eine Maßnahme des Jugendförderplanes des Kreises Borken. Daher sollte an das Kreisjugendamt ein Antrag gestellt werden, diese Analyse in Südlohn und Oeding von dort aus durchzuführen und entsprechend auch die Kosten hierfür zu tragen.

Die **CDU-Fraktion** begrüßt den Antrag des Jugendwerkes und fragt nach vergleichbaren Lösungen anderer Kommunen um eventuell Kosten sparen zu können. Grundsätzlich ist die **CDU-Fraktion** bereit das Geld zur Verfügung zu stellen, dennoch sollte erst der Kreis in die Verantwortung gezogen werden.

Herr Wellermann kann die Ansichten der Politik gut nachvollziehen. Das pädagogische Team, so Herr Wellermann, wollte mit dem Antrag an die örtliche Politik auch nicht vorpreschen. Ziel ist lediglich zu sehen, wie das Jugendwerk Südlohn-Oeding e.V. aufgestellt ist.

Weiter erkundigt sich die **CDU-Fraktion** danach, ob sich das Jugendwerk aus dem Projekt „KulturBürgerHaus“ zurückgezogen hat. Hierzu teilen Herr Wellermann und Frau **Seidensticker-Beining, als Mitglied des Fördervereins** mit, dass dies nur konzeptionell der Fall ist.

Abschließend macht **Herr Wellermann** deutlich, dass die Bedarfsanalyse losgelöst von dem Projekt „KulturBürgerHaus“ zu betrachten ist.

Beschluss:

Einstimmig

Der Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, wie folgt zu beschließen:

Dem Jugendwerk Südlohn-Oeding e.V. wird für die Erstellung einer professionellen Bedarfsanalyse/Sozialraumanalyse für die offene Kinder- und Jugendarbeit ein zweckgebundener Zuschuss in Höhe von

12.500,00 € für das Haushaltsjahr 2020 gewährt. Der gesamte Betrag wird bis zur endgültigen Klärung des tatsächlichen Finanzbedarfs mit einem Sperrvermerk versehen.

Die Mittel werden entsprechend in der Haushaltsplanung 2020 bereitgestellt.

TOP 8.: Mitteilungen und Anfragen

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

TOP 8.1.: Sachstand Bauernhofkindergarten

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Frau Mecking teilt mit, dass sich auf die Ausschreibung des Kreisjugendamtes für die Trägerschaft des Bauernhofkindergartens zwei Träger beworben haben. Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Münsterland e.V. und der DRK Prinz Botho Stadtlohn e.V.

Nach Abstimmung mit dem Kreisjugendamt, der Gemeindeverwaltung und dem Jugendhilfeausschuss des Kreises hat der DRK Prinz Botho Stadtlohn den Zuschlag für die Trägerschaft des neuen Kindergartens bekommen.

TOP 8.2.: Ausschreibung der Konrektorstelle an der St. Vitus Grundschule, Südlohn

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Frau Mecking informiert darüber, dass die Konrektorstelle an der St. Vitus Grundschule erneut durch die Bezirksregierung Münster ausgeschrieben worden ist.

TOP 8.3.: Ausschreibung Schulleitung an der von-Galen Grundschule, Oeding

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Frau Mecking informiert darüber, dass die Stelle der Schulleitung an der von-Galen Grundschule durch die Bezirksregierung ausgeschrieben worden ist.

Christel Sicking
Vorsitzende

Nicole Mecking
stv. AL 10